



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Bundesamt für Justiz BJ

Direktionsbereich Privatrecht

Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen EAZW

Bericht

über die Tätigkeiten des Eidgenössischen Amtes für das
Zivilstandswesen EAZW

in den Jahren 2009 und 2010

auszugsweise vorgetragen in italienischer und deutscher Sprache von Mario Massa, Fürsprecher und Notar, Vorsteher des Eidgenössischen Amtes für das Zivilstandswesen EAZW, an der Jahresversammlung der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst KAZ vom 29./30. April 2010 in St.Moritz GR

Mario Massa, Vorsteher
Fürsprecher und Notar
Bundesrain 20, 3003 Bern
Tel. +41 31 325 51 44, Fax +41 31 324 26 55
mario.massa@bj.admin.ch
www.eazw.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

1. Auf dem Weg zur Bundeslösung Infostar
 - 1.1 Infostar heute
 - 1.1.1 Ausgangslage
 - 1.1.2 Überprüfung der Betriebs- und Organisationsstruktur
 - 1.1.3 Bedeutung für Bund und Kantone
 - 1.2 Künftige Infostar-Struktur
 - 1.3 Planung und Rechtsetzung
 - 1.3.1 Planung
 - 1.3.2 Rechtsetzung
 - a. Bundesgesetz über [...]
 - b. Verordnung zum Bundesgesetz über [...]
 - c. Zivilstandsverordnung
2. Rechtsetzung
 - 2.1 Gesetze und Verordnungen
 - 2.2 Dokumentation
 - 2.2.1 Weisungen
 - 2.2.2 Kreisschreiben
 - 2.2.3 Amtliche Mitteilungen
 - 2.2.4 Fachprozesse
 - 2.2.5 Programmhandbücher
 - 2.2.6 Merkblätter
3. Parlamentarische Geschäfte - Auswahl
 - 3.1 03.428 n Parlamentarische Initiative Leutenegger Oberholzer Susanne - Name und Bürgerrecht der Ehegatten. Gleichstellung
 - 3.2 05.463 n Parlamentarische Initiative Brunner Toni - Scheinehen unterbinden
 - 3.3 05.3477 n Postulat Staatspolitische Kommission NR - Strafbarkeit von Zwangsheiraten
 - 3.4 07.3116 n Motion Haller Ursula - Eheschliessung. Rechte und Pflichten müssen allen bekannt und verständlich sein
 - 3.5 07.3622 n Motion Müri Felix - Keine Eheschliessungen während laufenden Ausschaffungsfristen
 - 3.6 08.3157 Interpellation Fehr Mario - Aufhebung des Adoptionsverbotes für Lesben und Schwule
 - 3.7 09.3160 Postulat Fetz - Einbürgerung von Personen und Namen

- 3.8 09.4236 Motion Hodgers - Einhaltung der Kinderrechtskonvention bei Kindern ohne Rechtsstatus
- 3.9 10.3090 Interpellation Recordon - Einwohnerkontrollen
- 3.10 10.3206 Motion Wehrli - Personenkontrolle: Effizienter Datenzugriff der Sozialversicherungen
- 3.11 07.3682 Postulat Lustenberger - Erleichterter Datenaustausch zwischen Bundes- und Kantonsbehörden
- 4. Inspektionen
 - 4.1 Inspektion des EAZW durch die Eidgenössische Finanzkontrolle EFK
 - 4.1.1 Erste Empfehlung: Bundeslösung Infostar
 - 4.1.2 Zweite Empfehlung: Berichterstattung der Kantone
 - 4.1.3 Dritte Empfehlung: Kontroll- und Inspektionskonzept
 - 4.2 Inspektionen des EAZW
- 5. Ausbildungswesen (Meeting EAZW)
- 6. Personelle und organisatorische Änderungen
 - 6.1 Internationale Ebene - CIEC
 - 6.2 Bundesebene
 - 6.2.1 EAZW
 - 6.2.2 FKZ
- 7. Infostar
 - 7.1 Projekte
 - 7.2 Betrieb
- 8. Zum Abschied von Martin Jäger

Anhang 1 / Annexe 1^{er}: Version française de chapitres individuels

Anhang 2 / Annesso 2^o: Versione italiana di alcuni capitoli

Anhang 3: Bundesgesetz über [...], Änderung ZGB

Anhang 4: Änderung ZStV

1. Auf dem Weg zur Bundeslösung Infostar

1.1 Infostar heute

1.1.1 Ausgangslage

Der Vollzug des Zivilstandswesens obliegt den Kantonen; der Bund ist zuständig für die Rechtsetzung und übt die Oberaufsicht aus. Seit dem 1. Juli 2004 betreibt der Bund zudem für die Kantone das Informatisierte Standesregister (zentrale elektronische Datenbank Infostar, Art. 45a ZGB). Die Kantone ihrerseits finanzieren dessen Betrieb nach Einwohnerzahl, wobei der Bund abrechnungspflichtig ist und der Bedarf jeweils in einer Betriebsvereinbarung festgehalten wird (Art. 77 ZStV). Das Bundesamt für Justiz BJ betreibt Infostar beim Informatik Service Center des EJPD (ISC-EJPD); im BJ ist das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen EAZW zuständig für die Regulierung und Oberaufsicht im gesamten Bereich des Zivilstandswesens, inkl. Infostar (Applikationsverantwortung). Seit Bestehen von Infostar finanzieren die Kantone für den Betrieb des Systems vorerst zwei, heute drei Vollzeitstellen beim EAZW, wobei das BJ trotz dieser Aufstockung nicht gedeckte Aufwendungen sowie Overheadkosten von nicht unbeträchtlicher Höhe intern auffängt.

Im Rahmen neuer Infostar-Projekte wird danach unterschieden, ob es sich um zivilstandsinterne Projekte (z.B. eingetragene gleichgeschlechtliche Partnerschaft) oder solche mit registerübergreifendem Charakter handelt (z.B. neue Sozialversicherungsnummer). Erstere werden von den Kantonen finanziert, letztere vom Bund. Diese Unterscheidung ist im Einzelfall nicht immer leicht zu treffen: In Anbetracht der heute bereits bestehenden und künftig zunehmenden Vernetzung von Infostar mit anderen Registern wird die Zuweisung der Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Kantonen im Hinblick auf die Finanzierung der Projekte wie auch des anschliessenden Betriebes im Laufe der Zeit nicht einfacher, sondern schwieriger, ebenso wie die Beantwortung der Frage nach dem Nutzen, den Infostar als Grundlage für weitere Applikationen sowohl für den Bund als auch für die Kantone und Gemeinden generieren wird. Zu erwähnen sind hier als Beispiele die Schnittstelle zur Bundesstatistik wie auch die Bestrebungen zur Registerharmonisierung im Allgemeinen, die Querbezüge hinsichtlich der neuen AHV-Nummer (AHVN13) und die Bedeutung von Infostar für die Ausweisschriften (Pass, ID), im Bereich der polizeilichen Personenfahndung oder der Herstellung einer Tarnidentität für Zeugen im Rahmen eines Zeugenschutzprogramms. Es ist heute bereits absehbar, dass die Liste der Personenregister, mit welchen Infostar in Zukunft interagieren wird, noch länger wird.

Im eGovernment-Programm des Bundes wird Infostar deshalb eine privilegierte Stellung zuerkannt, da es das einzige umfassende informatisierte Register sämtlicher Schweizer Bürgerinnen und Bürger (und von Ausländern mit Zivilstandsereignissen mit Bezug zur Schweiz) ist, das nicht nur die natürlichen Personen aufführt, sondern diese auch in einem umfassenden verwandtschaftlichen Verhältnis zu ihren Angehörigen abbildet.

Der Bundesrat hat im Jahre 2009 beschlossen, die wirtschaftlich tätigen Unternehmen (namentlich juristische Personen) mit einer einheitlichen Nummer zu erfassen (Unternehmensidentifikationsnummer, UID). Mit Infostar besitzt die Schweiz bereits ein hoch entwickeltes informatisiertes Register der natürlichen Personen. Das grosse Potential von Infostar gilt es im Dienst der Gesamtinteressen unseres Landes zu nutzen, insbesondere im Zusammenspiel der erwähnten Register, welche (auch) Daten natürlicher Personen führen. Infostar ist eines der wenigen Register, welches gemäss Art. 9 ZGB den vollen Beweis der Richtigkeit seiner Daten erbringt. Infostar funktioniert fachlich und technisch sehr gut und darf als qualitativ hochstehende Applikation bezeichnet werden.

Hingegen sind Verbesserungen der Betriebs- und Organisationsstrukturen notwendig: Zum einen kommt es infolge des Betriebes von Infostar durch den Bund zu einer heute nicht mehr zweckmässigen Verflechtung zwischen Betrieb und Oberaufsicht, da beide Funktionen bei derselben Fachbehörde des Bundes, dem EAZW, angesiedelt sind. Zum anderen ist die Finanzierung der Weiterentwicklungen von Infostar zwischen Bund und Kantonen aus den erwähnten Gründen konfliktträchtig. Schliesslich ist der heutige Abrechnungsmodus für den laufenden Betrieb der Datenbank angesichts der relativ bescheidenen Beträge aufwendig und deshalb unverhältnismässig.

1.1.2 Überprüfung der Betriebs- und Organisationsstruktur

Angesichts der erkannten heutigen strukturellen Schwächen fanden seit 2008 Gespräche zwischen Bund (BJ/EAZW) und der KAZ statt. Dabei stellte sich rasch heraus, dass eine Entflechtung von Betrieb und Oberaufsicht in derselben Einheit des Bundes (EAZW) faktisch nur dann erreicht werden kann, wenn der Betrieb entweder vollumfänglich von den Kantonen selber oder aber allein durch den Bund übernommen wird, jedoch in einer eigenständigen Struktur. Im Interesse einer zeitgemässen, schlanken Organisationsform haben sich die Kantone am 13. November 2009 mit 17:8 Stimmen bei 1 Enthaltung deutlich dafür ausgesprochen, Infostar allein durch den Bund betreiben zu lassen. Sie knüpfen an diese Kompetenzverschiebung die Bedingungen der effektiv sauberen Trennung des Betriebes von Infostar einerseits und der Oberaufsicht über das Zivilstandswesen andererseits, der angemessenen Kostenregelung zwischen Bund und Kantonen, der Sicherstellung des technischen und fachlichen Supports des Bundes für die kantonalen Zivilstandsdienste sowie der Mitwirkung der Kantone bei der zukünftigen Weiterentwicklung von Infostar.

1.1.3 Bedeutung für Bund und Kantone

Angesichts der Bedeutung von Infostar drängte es sich auf, dass der Bund sich der am 13. November 2009 klar geäusserten Haltung der Kantone raschmöglichst anschliesst und die Gelegenheit ergreift, Infostar künftig als reines Bundesregister zu betreiben. Damit kann sichergestellt werden, dass das erwähnte grosse Potential von Infostar, insbesondere im Zusammenspiel mit anderen Personenregistern, künftig vollständig, effizient und effektiv genutzt werden kann - im Interesse nicht nur des Bundes, sondern auch der Kantone und Gemeinden (z.B. Einwohnerregister). Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD trägt dies auch und gerade mit Blick auf die von den Kantonen genannten, oben aufgeführten Bedingungen mit. Da die Beurkundung des Personenstandes eine Vollzugsaufgabe des Bundesprivatrechts ist, die den Kantonen obliegt, drängt sich aus ordnungspolitischen Gründen auf, für Infostar eine adäquate finanzielle Abgeltung durch die Kantone an den Bund vorzusehen, die jedoch möglichst einfach und transparent festgesetzt wird. Die Kantone müssen ferner als Endbenutzer darauf zählen können, dass sie die nötige technische Unterstützung erhalten und dass sie bei Weiterentwicklungen mitreden können. Zudem muss der technische Betreiber von Infostar die Datensicherheit und den Datenschutz jederzeit gewährleisten können. Das ist in der heutigen Situation durch die Einbindung von Infostar beim ISC-EJPD in hohem Masse erfüllt und wird auch in der zukünftigen Bundeslösung beibehalten.

Aus diesen Gründen hat sich der Bundesrat mit Beschluss vom 24. Februar 2010 der grossmehrheitlichen Auffassung der Kantone angeschlossen und die Neuorganisation für den Betrieb und die Weiterentwicklung von Infostar unter der alleinigen Verantwortung des Bundes gutgeheissen.

Dafür spricht nicht nur die Einfachheit der Lösung. Vielmehr liegt dem Bund viel daran, die bestehenden und künftigen Querbezüge von Infostar zu weiteren Applikationen (Ausländerdatenbank ZEMIS, Datenbank der Auslandschweizer VERA, kommunale Einwohnerregister etc.) im Gesamtinteresse des Landes zu nutzen. Auch sind Zugriffsrechte von Bundesstellen auf Infostar zu koordinieren und sicherzustellen (Bsp.: Schnittstelle von Infostar zum Bundesamt für Sozialversicherungen BSV im Interesse der Bekämpfung des Missbrauchs von Leistungen der Sozialversicherungen; Schnittstelle zum Bundesamt für Polizei fedpol für die Herstellung von Tarnidentitäten im ausserprozessualen Zeugenschutz). Infostar spielt bei der laufenden Registerharmonisierung und der neuen Sozialversicherungsnummer denn auch eine entscheidende Rolle. Diese Rolle kann im Gesamtinteresse des Landes, insbesondere auch der Kantone und Gemeinden, in der "Bundeslösung Infostar" effektiv und effizient wahrgenommen werden, weil stufengerecht beim Bund angesiedelt.

Infostar ist ein wichtiger Eckstein in der eGovernment-Strategie unseres Landes; entsprechend ist das Projekt in den Zielen des eGovernment prominent aufgeführt. Zu unterstreichen ist die Gesamtbedeutung von Infostar für den Bund, die Kantone und Gemeinden und das Zusammenspiel mit anderen Registern, zu welchen künftig Steuerregister, Grundbuch und Handelsregister zählen können, soweit Daten natürlicher Personen betreffend. Das Vorhaben ist deshalb richtungsweisend für die Zukunft der gesamten "Registerlandschaft Schweiz".

1.2 Künftige Infostar-Struktur

Das EAZW ist zurzeit daran, die nötigen gesetzgeberischen Anpassungen vorzubereiten und diese über BJ und EJPD dem Bundesrat so rasch als möglich zuzuleiten - soweit Gesetze betreffend, zuhanden der Bundesversammlung. Mit Blick auf die neue Struktur für Infostar werden wir eine Organisationseinheit schaffen, die ausserhalb des EAZW für den Betrieb und die Weiterentwicklung von Infostar sorgt, damit die saubere Trennung von Infostar einerseits und Oberaufsicht über das schweizerische Zivilstandswesen andererseits gewährleistet wird. Gleichzeitig muss die neue Organisationseinheit über genügend flexible Strukturen verfügen, um den Betrieb von Infostar effizient zu führen und Weiterentwicklungen der Datenbank voranzutreiben. Die Einflussnahme der Kantone bei der Weiterentwicklung von Infostar ist zu regeln. Es ist sicherzustellen, dass die bestehenden Infostar-Daten so erfasst und bearbeitet werden, dass sie mit den anderen - insbes. von der Registerharmonisierung betroffenen Applikationen - kompatibel sind und einen möglichst reibungslosen und effizienten Datenaustausch ermöglichen. Schliesslich gilt es, eine einfache Lösung für die finanzielle Beteiligung der Kantone an die Betriebs- und Weiterentwicklungskosten zu finden.

Die Vorbereitung dieser neuen Struktur setzt eine Projektorganisation voraus. Dieser obliegt es, in vernünftiger Frist die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Vorgaben zu definieren, die es braucht, damit Infostar betrieblich unabhängig von BJ/EAZW funktioniert. Mit den Kantonen ist eine angemessene finanzielle Beteiligung zu vereinbaren. Gleichzeitig ist dafür zu sorgen, dass der Übergang von der heutigen Struktur in die neue Organisationsform möglichst reibungslos und rasch vonstatten gehen kann.

1.3 Planung und Rechtsetzung

1.3.1 Planung

Die Planung, Koordination und Überwachung der neuen Infostar-Struktur sowie die Einbettung von Infostar in die eGovernment-Strategie des Bundes erheischen eine professionelle Projektorganisation, die für die termingerechte Bereitstellung des Personals, des Betriebs und der Infrastruktur Gewähr bietet. Wir haben uns als ambitioniertes Ziel gesetzt, dass dies per 1. Januar 2012 erreicht sein wird.

Zur Bewältigung all dieser Aufgaben ist es uns gelungen, Herrn Thomas Steimer für Belange von eGovernment zu engagieren. Herr Steimer ist Informatiker und wird sein berufsbegleitendes juristisches Fachhochschulstudium (Bachelor) im Sommer 2010 beenden. Für infostar-interne Projekte (Infostar 6) konnten wir Frau Cordula Ingold Bittel gewinnen. Frau Ingold hat an der ETH Zürich Umweltnaturwissenschaften studiert, wechselte dann ins Zivilstandswesen und war Vorsteherin des Zivilstandsamtes Kreis Wangen BE. Beide haben am 1. April 2010 ihre Arbeit im BJ/EAZW aufgenommen.

Darüber hinaus läuft zur Zeit das Verfahren zur Stellenbesetzung einer Projektleiterin oder eines Projektleiters "Bundeslösung Infostar". Wir sind zuversichtlich, dass wir auch diese Stelle bald- und bestmöglich besetzen können. Der Verlauf des Projektes seinerseits wird zeigen, ob innerhalb des Projektes weitere Stellen zu schaffen sein werden. Die Projektleitung hat den Auftrag, bis spätestens Ende 2011 eine Lösung zu präsentieren, wonach Infostar vollumfänglich durch den Bund betrieben werden kann, wobei die von den Kantonen gestellten Bedingungen hinsichtlich Struktur, Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung und Sicherstellung des Supports erfüllt sein müssen. Wie erwähnt, planen wir zur Zeit ehrgeizig mit einer Operabilität der Bundeslösung ab 1. Januar 2012.

Ziel ist, für Infostar eine Organisationsform zu finden, die genügend flexibel ausgestaltet ist, um den Betrieb kostendeckend aus sich selber heraus zu finanzieren. Hinsichtlich der Weiterentwicklung der Datenbank gehen wir davon aus, dass die Zukunft eine wesentliche Vereinfachung in der Registerführung bringen wird und die Betriebs- und Personalkosten nicht so sehr bei Infostar, wohl aber in anderen Bereichen deutlich tiefer ausfallen werden (z.B. AHV, Einwohnerkontrolle); eine Vorfinanzierung dieser Mechanismen - die nicht zuletzt im Interesse der Kantone und Gemeinden liegen - durch den Bund wird sich, im Gesamtinteresse aller Personenregister und der grossen auf dem Spiele stehenden Bundes- und Kantonsinteressen, wohl nicht vermeiden lassen. Zur Zeit sind Gespräche im Gange, inwiefern hierfür die Entwicklungsgelder des Bundes im Rahmen von eGovernment beigezogen werden können.

Anhang 1: Französische Fassung

Anhang 2: Italienische Fassung

1.3.2 Rechtsetzung

Wie erwähnt, soll die Operabilität der "Bundeslösung Infostar" am 1. Januar 2012 gegeben sein (Ziff. 1.3.1 hievor). Das ist, zugegebenermassen, ambitionös. Nicht weniger ehrgeizig ist das damit verbundene, von uns definierte Rechtsetzungsprogramm, gilt es doch, dafür die notwendigen rechtlichen Grundlagen zu schaffen. Im heutigen Stand der Diskussion stehen

dafür drei Erlasse auf Stufe Gesetz und Verordnung im Zentrum der Diskussion (lit. a - c hienach).

Gerne ergreifen wir an Ihrer heutigen Versammlung die Gelegenheit, Ihnen im Rahmen des vorliegenden Jahresberichtes diese Erlasse in ihrer heutigen, bloss sehr provisorischen Form, zur Kenntnis zu bringen. Es handelt sich dabei um erste persönliche Gedankenskizzen des Sprechenden, welche noch in keiner Weise als Vorentwürfe des Bundes zu betrachten sind, sondern die noch in Bearbeitung und in der bundesinternen Diskussion stehen. Sobald sich diese Diskussion innerhalb des Bundes verdichtet haben wird, werden wir, wie am 13. November 2009 anlässlich der ausserordentlichen Versammlung der KAZ beschlossen, das Gespräch mit Ihnen suchen, um sicherzustellen, dass den erwähnten Bedingungen der Kantone (Ziff. 1.1.2 hievor) nachhaltige Beachtung verschafft wird.

a. Bundesgesetz über [...]

Uns schwebt vor, für den Betrieb und die Weiterentwicklung von Infostar eine eigene Struktur ausserhalb des EAZW zu schaffen. Dafür werden wir eine gesetzliche Grundlage schaffen, evtl. mit einem eigenen Bundesgesetz, das der Sprechende Ihnen heute leider noch nicht zur Kenntnis bringen kann. Im Rahmen dieses Bundesgesetzes werden wir auch das ZGB ändern müssen. Im heutigen Stand der Diskussion ist vorgesehen, dessen Art. 39 und 45a ZGB sowie Art. 6a des Schlusstitels einer Änderung zu unterziehen. Wie erwähnt, handelt es sich hier lediglich um persönliche Skizzen des Sprechenden, welche den Bund im heutigen Zeitpunkt noch nicht binden. Wir entschuldigen uns, dass im heutigen Stand der Diskussion bloss eine deutsche Fassung vorliegt.

Anhang 3: Änderung ZGB

b. Verordnung zum Bundesgesetz über [...]

Das in lit. a hievor erwähnte neue Bundesgesetz wird wahrscheinlich mit einer Verordnung des Bundesrates ergänzt werden müssen. Die diesbezüglichen Ideen können wir Ihnen heute noch nicht zugänglich machen.

c. Zivilstandsverordnung

Die Zivilstandsverordnung ZStV wird in einigen Punkten Änderungen erfahren. Heute liegt eine erste Gedankenskizze des Sprechenden vor, die den Bund noch nicht bindet. Auch hier entschuldigen wir uns bei unseren lateinischen Kolleginnen und Kollegen, dass die Skizze bloss auf Deutsch vorliegt.

Anhang 4: Änderung ZStV

2. Rechtsetzung

2.1 Gesetze und Verordnungen

In der Berichtsperiode sind für das Zivilstandswesen keine wichtigen, unmittelbar anwendbaren Gesetze (insbes. ZGB und PartG) oder Verordnungen (ZStV, ZStGV) in Kraft getreten.

Vielmehr wurde die von der Basis (Zivilstandsämter) seit längerem gewünschte Revision von ZStV und ZStGV an die Hand genommen, um insbesondere die technischen Belange von Infostar und der Praxis mit der Rechtsetzung in Einklang zu bringen. Wir planen, diese Revision zusammen mit der ZGB- und PartG-Änderung betreffend die Bekämpfung von Scheinehen, die ihrerseits eine Anpassung der ZStV bedingt, durch den Bundesrat am 1. Januar 2011 in Kraft setzen zu lassen. Wir danken an dieser Stelle bestens für die Stellungnahmen, die uns im Rahmen der fachtechnischen Anhörung bis 12. Februar 2010 erreicht haben; eine umfangreiche synoptische Zusammenstellung (rd. 170 Seiten) findet sich auf unserer Homepage (www.eazw.admin.ch).

Für die im Rahmen der Realisierung der "Bundeslösung Infostar" angedachten Rechtsänderungen mit heute geplanter Inkraftsetzung am 1. Januar 2012, darunter auch ZGB und ZStV, vgl. Ziff. 3.2 hievov.

Des Weitern werden am 1. Januar 2013 neuen Erwachsenenschutzbestimmungen des ZGB mit Auswirkungen auf die ZStV und ev. die ZStGV in Kraft treten (ebenso mit Auswirkungen auf Infostar).

Weitere Änderungen des heutigen Rechts (namentl. ZGB, IPRG, ZStV) sind heute in unserer Fachkommission für Zivilstandsfragen in Diskussion. Es betrifft dies Vorschriften, die in der Praxis Schwierigkeiten bereiten (wie z.B. Art. 41 - 43 ZGB) und/oder die heute nicht mehr à jour erscheinen (bspw. Art. 102 Abs. 1 ZGB im Vergleich zum PartG, das keine Zeugen vorsieht).

2.2 Dokumentation

In der Berichtsperiode wurde die im Folgenden (Ziff. 2.2.1 ff. hiernach) aufgeführte Dokumentation neu erlassen resp. einer Revision unterzogen. Der Umfang dieser neuen Arbeiten hat im Vergleich zu den Vorjahren nochmals etwas abgenommen und beträgt nurmehr rund 600 Seiten (2007/2008 waren es rund 900 Seiten Text in Deutsch, Französisch und Italienisch; 2008/2009 waren es 625 Seiten).

2.2.1 Weisungen

Keine Weisungen im Jahre 2009.

2.2.2 Kreisschreiben

Keine Kreisschreiben im Jahre 2009.

2.2.3 Amtliche Mitteilungen

- **Aufbewahrungspflicht des Infostar-Formulars 0.1.2, "Mitteilung der erfassten Personendaten**
(Amtliche Mitteilungen 140.1 vom 1.5.2009)
Obligation de conserver la formule 0.1.2 "Communication des données saisies"
(Communications officielles 140.1 du 1.5.2009)
Obbligo di conservazione del modulo Infostar 0.1.2 "Comunicazione dei dati personali registrati"
(Comunicazioni ufficiali 140.1 del 1.5.2009)
- **Ledigkeitsbescheinigung**
(Amtliche Mitteilungen 140.2 vom 1.5.2009)
Certificat de célibat
(Communications officielles 140.2 du 1.5.2009)
Certificato di stato civile nubile/celibe
(Comunicazioni ufficiali 140.2 del 1.5.2009)
- **Nachweis nicht streitiger Angaben über den Personenstand (Art. 41 f. ZGB, Art. 17 ZStV)**
(Amtliche Mitteilungen 140.3 vom 1.5.2009)
Preuve de l'état civil et constatation de l'identité (art. 41 s CC, art. 17 OEC)
(Communications officielles 140.3 du 1.5.2009)
Prova di dati non controversi sullo stato civile (art. 41 seg. CC, art. 17 OSC)
(Comunicazioni ufficiali 140.3 del 1.5.2009)
- **Auszug aus dem türkischen Familienregister**
(Amtliche Mitteilungen 140.4 vom 1.5.2009)
Extrait du registre des familles turc
(Communications officielles 140.4 du 1.5.2009)
Estratto del registro delle famiglie turco
(Comunicazioni ufficiali 140.4 del 1.5.2009)
- **Zivilstandsurkunden aus Kosovo und Nachweis der Staatsangehörigkeit**
(Amtliche Mitteilungen 140.5 vom 1.7.2009)
Documents d'état civil en provenance du Kosovo et preuve de la nationalité
(Communications officielles 140.5 du 1.7.2009)
Atti di stato civile provenienti dal Kosovo e prova della cittadinanza
(Comunicazioni ufficiali 140.5 del 1.7.2009)
- **Merkblatt über die Ehe in der Schweiz: Rechte und Pflichten**
(Amtliche Mitteilungen 140.6 vom 1.11.2009)
Mémento pour le mariage en Suisse: droits et obligations
(Communications officielles 140.6 du 1.11.2009)
Promemoria del matrimonio in Svizzera: diritti e doveri
(Comunicazioni ufficiali 140.6 del 1.11.2009)
- **Unterbindung von Ehen und eingetragenen Partnerschaften bei rechtswidrigem Aufenthalt**
Vorbereitungen im Hinblick auf das Inkrafttreten der neuen Bestimmungen
(Amtliche Mitteilungen 140.7 vom 1.12.2009 [Stand: 1.03.2010])
Lutte contre les mariages et partenariats en cas de séjour irrégulier
Préparatifs en vue de l'entrée en vigueur
(Communications officielles 140.7 du 1.12.2009 [Etat: 1.03.2010])

Impedire la conclusione di matrimoni e la registrazione di unioni domestiche in caso di soggiorno irregolare

Lavori preparatori in vista dell'entrata in vigore delle nuove disposizioni

(Comunicazioni ufficiali 140.7 del 1.12.2009 [Stato: 1.03.2010])

- **Eingegebene Stände in Infostar**
(Amtliche Mitteilungen 140.8 vom 1.1.2010)
Statuts insérés dans Infostar
(Communications officielles 140.8 du 1.1.2010)
Status inseriti in Infostar
(Comunicazioni ufficiali 140.8 del 1.1.2010)

2.2.4 Fachprozesse

- **Auffinden eines Kindes unbekannter Abstammung im Inland**
(Fachprozess 31.2 vom 15.12.2009)
Découverte en Suisse d'un enfant de filiation inconnue
(Processus 31.2 du 15.12.2009)
Ritrovamento in Svizzera di un infante di filiazione ignota
(Processo 31.2 del 15.12.2009)
- **Geburt eines Kindes im Ausland (Nachbeurkundung)**
(Fachprozess 31.3 vom 15.12.2004 [Stand: 15.10.2009])
Naissance d'un enfant à l'étranger (enregistrement ultérieur)
(Processus 31.3 du 15.12.2004 [Etat: 15.10.2009])
Nascita di un figlio sopravvenuta all'estero (documentazione retroattiva)
(Processo 31.3 del 15.12.2004 [Stato: 15.10.2009])
- **Tod einer Person mit unbekannter Identität im Inland**
(Fachprozess 31.5 vom 15.12.2009)
Décès survenu en Suisse d'une personne dont l'identité est inconnue
(Processus 31.5 du 15.12.2009)
Morte di una persona di identità sconosciuta avvenuta in Svizzera
(Processo 31.5 del 15.12.2009)
- **Tod einer Person bekannter Identität im Ausland (Nachbeurkundung)**
(Fachprozess 31.6 vom 15.12.2004 [Stand: 15.10.2009])
Décès d'une personne à l'étranger dont l'identité est connue (enregistrement ultérieur)
(Processus 31.6 du 15.12.2004 [Etat: 15.10.2009])
Morte di una persona di identità nota sopravvenuta all'estero (rilevamento retroattivo)
(Processo 31.6 del 15.12.2004 [Stato: 15.10.2009])
- **Feststellung der Geburt oder des Todes einer Person durch das Gericht**
(Fachprozess 31.7 vom 15.12.2009)
Constatation de la naissance ou du décès d'une personne par le tribunal
(Processus 31.7 du 15.12.2009)
Accertamento giudiziale della nascita o della morte di una persona
(Processo 31.7 del 15.12.2009)

- **Eheschliessung im Ausland**
(Fachprozess 32.3 vom 15.12.2004 [Stand: 1.07.2009])
Célébration d'un mariage à l'étranger
(Processus 32.3 du 15.12.2004 [Etat: 1.07.2009])
Celebrazione del matrimonio all'estero
(Processo 32.3 del 15.12.2004 [Stato: 1.07.2009])
- **Auflösung der Ehe durch Gerichtsurteil im Inland oder im Ausland**
(Fachprozess 32.4 vom 1.7.2009)
Dissolution d'un mariage par décision judiciaire en Suisse ou à l'étranger
(Processus 32.4 du 1.7.2009)
Scioglimento del matrimonio mediante sentenza giudiziaria in Svizzera o all'estero
(Processo 32.4 del 1.7.2009)
- **Begründung einer eingetragenen Partnerschaft im Ausland**
(Fachprozess 32.7 vom 30.10.2006 [Stand: 1.07.2009])
Conclusion d'un partenariat enregistré à l'étranger
(Processus 32.7 du 30.10.2006 [Etat: 1.07.2009])
Costituzione all'estero di un'unione domestica registrata
(Processo 32.7 del 30.10.2006 [Stato: 1.07.2009])
- **Auflösung der eingetragenen Partnerschaft durch Gerichtsurteil im Inland oder im Ausland**
(Fachprozess 32.8 vom 30.10.2006 [Stand: 1.07.2009])
Dissolution d'un partenariat enregistré par décision judiciaire en Suisse ou à l'étranger
(Processus 32.8 du 30.10.2006 [Etat: 1.07.2009])
Scioglimento dell'unione domestica registrata mediante sentenza giudiziaria in Svizzera o all'estero
(Processo 32.8 del 30.10.2006 [Stato: 1.07.2009])
- **Anerkennung im Ausland (Nachbeurkundung)**
(Fachprozess 33.4 vom 15.12.2004 [Stand: 15.10.2009])
Reconnaissance à l'étranger (enregistrement ultérieur)
(Processus 33.4 du 15.12.2004 [Etat: 15.10.2009])
Riconoscimento avvenuto all'estero (documentazione retroattiva)
(Processo 33.4 del 15.12.2004 [Stato: 15.10.2009])
- **Feststellung der Vaterschaft im Inland oder im Ausland**
(Fachprozess 33.5 vom 15.10.2009)
Constatación de la paternité en Suisse ou à l'étranger
(Processus 33.5 du 15.10.2009)
Accertamento della paternità in Svizzera o all'estero
(Processo 33.5 del 15.10.2009)
- **Aufhebung der Vaterschaftsvermutung oder Anerkennung im Inland oder im Ausland**
(Fachprozess 33.7 vom 15.10.2009)
Annulation de la présomption de paternité ou de la reconnaissance en Suisse ou à l'étranger
(Processus 33.7 du 15.10.2009)
Revoca della presunzione di paternità o del riconoscimento in Svizzera o all'estero
(Processo 33.7 del 15.10.2009)

- **Wiederannahme des früheren Namens durch Erklärung nach gerichtlicher Auflösung der Ehe**
(Fachprozess 34.2 vom 15.12.2004 [Stand: 1.7.2009])
Reprise du nom porté précédemment par déclaration après la dissolution judiciaire du mariage
(Processus 34.2 du 15.12.2004 [Etat: 1.7.2009])
Ripresa del cognome precedente mediante dichiarazione dopo lo scioglimento giudiziale del matrimonio
(Processo 34.2 del 15.12.2004 [Stato: 1.7.2009])
- **Erwerb des Schweizer Bürgerrechts durch Einbürgerung**
(Fachprozess 35.1 vom 1.4.2010)
Acquisition de la nationalité suisse par naturalisation
(Processus 35.1 du 1.4.2010)
Acquisto della cittadinanza svizzera per naturalizzazione
(Processo 35.1 del 1.4.2010)
- **Erwerb eines zusätzlichen Gemeindebürgerrechts**
(Fachprozess 35.3 vom 1.7.2009)
Acquisition d'un droit de cité communal supplémentaire
(Processus 35.3 du 1.7.2009)
Acquisto di un'attinenza comunale supplementare
(Processo 35.3 del 1.7.2009)
- **Wiedereinbürgerung**
(Fachprozess 35.5 vom 1.4.2010)
Réintégration
(Processus 35.5 du 1.4.2010)
Reintegrazione
(Processo 35.5 del 1.4.2010)

2.2.5 Programmhandbücher

Keine Handbücher im Jahre 2009.

2.2.6 Merkblätter

- **Merkblatt über die Ehe in der Schweiz: Rechte und Pflichten**
(vom 1.11.2009)
Mémento sur le mariage en Suisse: droits et obligations
(du 1.11.2009)
Promemoria del matrimonio in Svizzera: diritti e doveri
(del 1.11.2009)
- **Merkblatt über die Eheschliessung im Ausland**
(Neuaufgabe vom 1.4.2010)
Mémento sur le mariage célébré à l'étranger
(nouvelle édition du 1.4.2010)
Promemoria sulla celebrazione del matrimonio all'estero
(riedizione del 1.4.2010)

- **Merkblatt über Namensführung bei Eheschliessung**
(Neuaufgabe vom 1.4.2010)
Mémento sur le nom porté après le mariage
(nouvelle édition du 1.4.2010)
Promemoria sul cognome da portare dopo il matrimonio
(riedizione del 1.4.2010)
- **Merkblatt über Zivilstandsdokumente im Erbschaftsfall**
(vom 1.4.2010)
Mémento sur les documents d'état civil dans les cas de succession
(du 1.4.2010)
Promemoria sui documenti di stato civile nei casi di successione ereditaria
(del 1.4.2010)

3. Parlamentarische Geschäfte - Auswahl

3.1 03.428 n Parlamentarische Initiative Leutenegger Oberholzer Susanne - Name und Bürgerrecht der Ehegatten. Gleichstellung

Am 11. März 2009 hat der Erstrat (Nationalrat) die in den letzten Jahren erarbeitete Vorlage zum neuen Namensrecht an die Rechtskommission zurückgewiesen mit dem Auftrag, nur die notwendigsten Änderungen vorzunehmen und auf eine grundsätzliche Reform zu verzichten. Der neue Entwurf der Rechtskommission vom 27. August 2009, der sich auf die notwendigsten Änderungen beschränkt, wurde am 10. Dezember 2009 vom Erstrat (Nationalrat) gutgeheissen.

3.2 05.463 n Parlamentarische Initiative Brunner Toni - Scheinehen unterbinden

Am 12. Juni 2009 hat die Vereinigte Bundesversammlung die gesetzlichen Änderungen zur Unterbindung von Ehen bei rechtswidrigem Aufenthalt verabschiedet. Die entsprechende Partial-Revision von ZGB und PartG tritt voraussichtlich am 1. Januar 2011 in Kraft.

3.3 05.3477 n Postulat Staatspolitische Kommission NR - Strafbarkeit von Zwangsheiraten

Nachdem die vom Bundesrat vorgeschlagenen gesetzlichen Massnahmen gegen Zwangsheiraten in der Vernehmlassung mehrheitlich begrüsst worden sind, hat der Bundesrat das EJPD beauftragt, bis Ende 2010 eine Botschaft auszuarbeiten.

3.4 07.3116 n Motion Haller Ursula - Eheschliessung. Rechte und Pflichten müssen allen bekannt und verständlich sein

Diese Motion ist erfüllt. Das EAZW hat in Umsetzung der Motion das "Merkblatt über die Ehe in der Schweiz: Rechte und Pflichten" (kurz: Merkblatt Ehe) verfasst, welches in fünfzehn Sprachen existiert. Das Merkblatt ist seit dem 1. November 2009 von den schweizerischen Zivilstandsämtern sowie von den Schweizer Vertretungen im Ausland allen Paaren, bei denen mindestens einer der beiden Partner nicht Schweizer Bürger ist und die in der Schweiz Wohnsitz haben werden, abzugeben.

3.5 07.3622 n Motion Müri Felix - Keine Eheschliessungen während laufenden Ausschaffungsfristen

Das Geschäft wurde am 25. September 2009 abgeschrieben (Art. 119 Abs. 5 lit. a ParlG), weil es seit mehr als zwei Jahren hängig und im Plenum noch nicht behandelt worden war.

3.6 08.3157 Interpellation Fehr Mario - Aufhebung des Adoptionsverbotes für Lesben und Schwule

Diese Interpellation ist im Plenum noch nicht behandelt worden.

3.7 09.3160 Postulat Fetz - Einbürgerung von Personen und Namen

Das Postulat wurde anlässlich seiner Behandlung im Ständerat am 25. Mai 2009 abgelehnt und ist somit erledigt.

3.8 09.4236 Motion Hodgers - Einhaltung der Kinderrechtskonvention bei Kindern ohne Rechtsstatus

Die Motion verlangt, dass in Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention sämtliche Geburten von Kindern, deren Eltern über keinen geregelten Aufenthalt verfügen, beurkundet werden (vgl. das erfüllte Postulat Vermot-Mangold, Kinder ohne Identität in der Schweiz). Weiter verlangt sie, dass diesen Kindern der Zugang zu jeder Art von Bildung, wozu auch die Berufsausbildung gehört, ermöglicht werden soll. Jugendliche, die sich ohne gültigen Aufenthaltstitel in der Schweiz aufhalten, soll daher eine Aufenthaltsbewilligung erteilt werden, damit sie eine Berufsausbildung absolvieren können.

Der Erstrat (Nationalrat) hat die Motion am 3. März 2010 angenommen.

3.9 10.3090 Interpellation Recordon - Einwohnerkontrollen

Der Interpellant möchte vom Bundesrat wissen, in welchem Zeitrahmen und zu welchen Bedingungen es möglich ist, für die Einwohnerkontrollen der Schweiz eine Schnittstelle zu Infostar einzuführen.

Die Stellungnahme des Bundesrates wird zur Zeit ausgearbeitet.

3.10 10.3206 Motion Wehrli - Personenkontrolle: Effizienter Datenzugriff der Sozialversicherungen

Der Bundesrat soll beauftragt werden, Gesetzesrevisionen an die Hand zu nehmen, die es den Sozialversicherungsbehörden u.a. mit direktem Zugriff auf Infostar ermöglichen werden zu prüfen, ob eine Person tatsächlich existiert.

Die Stellungnahme des Bundesrates wird zur Zeit ausgearbeitet.

3.11 07.3682 Postulat Lustenberger - Erleichterter Datenaustausch zwischen Bundes- und Kantonsbehörden

Das Postulat wurde angenommen. Zurzeit wird von den betroffenen Bundesstellen ein umfassender Bericht erarbeitet.

4. Inspektionen

4.1 Inspektion des EAZW durch die Eidgenössische Finanzkontrolle EFK

Im Verlaufe des Jahres 2009 wurde das EAZW einer Inspektion der Eidgenössischen Finanzkontrolle EFK unterzogen (BBI 2010 2474). In ihrem Abschlussbericht vom 8. Dezember 2009 kommt die EFK zu drei Empfehlungen:

4.1.1 Erste Empfehlung: Bundeslösung Infostar

Die EFK macht darauf aufmerksam, dass nach Massgabe der Beschlüsse der KAZ vom 13. November 2009 sowie der darauf folgenden Beschlüsse des Bundesrates und der Eidgenössischen Räte die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen in genügendem Umfang und rechtzeitig bereitzustellen sind und dass für die Überführung der heutigen Situation in die vollständige Bundeslösung für Kontinuität zu sorgen sei.

Zu den Massnahmen, die wir ergriffen haben, vgl. Ziff. 1 hievor.

4.1.2 Zweite Empfehlung: Berichterstattung der Kantone

Gemäss Art. 85 Abs. 2 ZStV haben die kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst dem Bund gegenüber mindestens alle zwei Jahre Bericht über ihre Tätigkeiten zu erstatten. Die EFK stellt fest, dass die Berichterstattung zwingend zu erfolgen habe; die bundesrechtlichen Vorgaben sollen konsequent umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang haben wir 2009 alle Aufsichtsbehörden, die bisher dieser Pflicht nicht oder ungenügend nachgekommen sind, aufgefordert, uns ihre Berichte für fehlende Jahre nachzuliefern. In der Zwischenzeit haben wir alle von uns eingeforderten Berichte erhalten, wofür wir bestens danken.

Bei der Auswertung der verschiedenen Berichte ist uns aufgefallen, dass die Berichte, die z.T. Perioden von etlichen zurückliegenden Jahren abdecken mussten, mit nicht überall gleich hoher Begeisterung verfasst worden sind. Ebenso fällt auf, dass die verschiedenen Berichte der unterschiedlichen kantonalen Aufsichtsbehörden stark voneinander abweichen, was es erschwert, die Kantone vergleichend zu betrachten. Aus diesen Gründen haben wir uns in unserer Stellungnahme zum Inspektionsbericht der EFK verpflichtet, noch im Jahre 2010 einen Kriterienkatalog für die Berichterstattung der Aufsichtsbehörden an uns zu erarbeiten. Wir werden diesen in die Form einer Weisung EAZW kleiden, die den Aufsichtsbehörden noch 2010 zugehen wird. Ziel dieser Weisung ist, einheitliche Standards zu setzen, die einerseits von den Aufsichtsbehörden selber mit möglichst wenig Aufwand zu erfüllen sein werden und welche andererseits von uns so einfach wie möglich überprüft und ausgewertet werden können - auch für Vergleiche zwischen den Kantonen. Wir sind zuversichtlich,

dass es uns, gemeinsam mit Ihnen, gelingen wird, dafür eine Lösung umzusetzen, welche mit möglichst wenig Aufwand für beide Seiten ein Maximum an Information und Vergleichbarkeit generieren wird, und danken Ihnen bereits heute bestens für Ihre geschätzte Mitarbeit.

4.1.3 Dritte Empfehlung: Kontroll- und Inspektionskonzept

Die EFK empfiehlt die Erarbeitung und Einführung eines Kontroll- und Inspektionskonzeptes für Inspektionen, die das EAZW bei den Kantonen (Aufsichtsbehörden und Zivilstandsämter) und in Zukunft über die Einheit, welche Infostar betreibt und weiterentwickelt, durchzuführen haben wird.

Wir haben uns gegenüber der EFK verpflichtet, dieses Konzept zu erarbeiten mit Operabilität ab 2012, was der ebenfalls angestrebten Operabilität der Bundeslösung Infostar (Ziff. 1 hievov) entspricht. Dabei werden wir von den Erfahrungen, die wir seit 2007 bei Inspektionen von Zivilstandsämtern und Aufsichtsbehörden machen konnten, profitieren können (siehe auch Ziff. 4.2 hienach). Im heutigen Stand der Überlegungen gehen wir davon aus, dass es sich dabei bloss um ein EAZW-internes Konzept handeln wird, das nicht öffentlich zugänglich sein wird, beabsichtigen jedoch, dieses Konzept zu verquicken mit der Berichterstattung der Kantone gemäss Ziff. 4.1.2 hievov.

4.2 Inspektionen des EAZW

In der Berichtsperiode hatte das EAZW Gelegenheit, bei den Aufsichtsbehörden der Kantone Nidwalden und Zug je eine Inspektion durchzuführen. Diese Inspektionen, wie auch diejenigen der früheren Jahre (Zivilstandsämter), werden uns für die Erarbeitung des von der EFK empfohlenen Kontroll- und Inspektionskonzeptes (Ziff. 4.1.3 hievov) dienlich sein. Wir danken den Verantwortlichen der Kantone Nidwalden und Zug bestens für die beiden Inspektionen; wir durften in beiden Fällen feststellen, dass das Zivilstandswesen in diesen beiden Kantonen bestens gedeiht.

5. Ausbildungswesen (Meeting EAZW)

Am 23. Februar 2010 fand ein nationales EAZW-Meeting zu Infostar-Themen und zu Belangen der Registerharmonisierung, von eGovernment, aber auch zu juristischen Fragen der Oberaufsicht statt. Sämtliche Tagungsunterlagen sind auf unserer Homepage abrufbar (www.eazw.admin.ch).

Die guten Feedbacks, die uns im Anschluss an die Veranstaltung erreicht haben, freuen uns sehr, und wir bedanken uns bestens für die rege Teilnahme am Anlass.

6. Personelle und organisatorische Änderungen

6.1 Internationale Ebene - CIEC

Die Zusammensetzung der Schweizer Sektion der Commission Internationale de l'Etat Civil CIEC hat in der Berichtsperiode keine Veränderung erfahren (Präsidium durch den Sprechenden, Sekretariat durch Michel Montini, EAZW); sie wurde wiederum fallweise verstärkt

durch Experten aus der Bundesverwaltung (Adrian Blöchliger, Bundesamt für Justiz BJ, für informatikrechtliche Belange; Christine Borgeaud, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA, für konsularische Aspekte; dem Kollegen und der Kollegin sei an dieser Stelle herzlich für ihre Arbeit gedankt). Auf Stufe CIEC-Gesamtorganisation sei am Rande notiert, dass der Sprechende ins neu geschaffene Comité Directeur gewählt wurde, wobei er Mitglied des Bureaus der CIEC und damit der Präsidentenkonferenz bleibt. Für den traditionellen Bericht über die Tätigkeiten der CIEC sei auf den separaten Bericht verwiesen.

6.2 Bundesebene

6.2.1 EAZW

In der Berichtsperiode hat Frau Stephanie Etterli, MLaw, im Rahmen ihrer Anwaltsausbildung ein juristisches Praktikum bei uns absolviert.

Wie erwähnt (Ziff. 1.3.1 hievor), verstärken uns seit 1. April 2010 Frau Cordula Ingold Bittel, Zivilstandsbeamtin (80%), sowie Herr Thomas Steimer, Informatiker und Jurist (100%). Wir freuen uns über diese beiden zusätzlichen Stellen, die das EJPD trotz von Parlament und Bundesrat bereits beschlossener, abermaliger Personalreduktion (Entlastungsprogramm 2011-2013) möglich gemacht hat, und heissen unsere neue Kollegin und den Kollegen herzlich willkommen.

Darüber hinaus haben die Damen Anita Witschi, Sandra Racine und Sandra Hösle ihre Teilzeitpensen, befristet bis Ende 2010, erhöht, damit die Arbeiten im Zusammenhang mit der Neuen Sozialversicherungsnummer NNSS im EAZW fristgerecht erledigt werden können. Ihnen sei an dieser Stelle für ihr Engagement bestens gedankt.

Ebenfalls trotz bereits beschlossener weiteren Personalabbau beim Bund (Entlastungsprogramm 2011-2013) wird es uns möglich sein, im Rahmen der Realisierung des Projektes "Bundeslösung Infostar" das dafür notwendige Personal zusätzlich zu rekrutieren. Die Stelle eines Projektleiters oder einer Projektleiterin "Bundeslösung Infostar" ist nun ausgeschrieben.

6.2.2 FKZ

Per Ende 2009 ist Herr Martin Jäger, vormals Chef EAZW, aus der Fachkommission für Zivilstandsfragen FKZ ausgeschieden. Die Verdienste, die er sich von 1971 bis 2009 (also während biblischen 38 Jahren) im Zivilstandswesen erworben hat, zu würdigen, soll nicht Gegenstand der vorliegenden, marginalen Ziffer sein. Vielmehr sei dafür auf ein eigenes Kapitel dieses Berichtes verwiesen (Ziff. 8 hienach).

Per Anfang 2010 sind in die FKZ neu hinzugestossen die Herren Vincenzo Lava, Dipl. scienze commerciali, Capo dell'Ufficio centrale dello stato civile del Canton Ticino, und Gérald Derivaz, avocat, Chef de division adjoint, Division Etat Civil, Naturalisation et Documents d'Identité du Canton de Vaud. Der Sprechende freut sich sehr über den Zuwachs, der insbes. das lateinische Element der Kommission verstärken hilft.

7. Infostar

7.1 Projekte

In der Berichtsperiode wurde an folgenden Projekten gearbeitet:

- **Einführung Neue Sozialversicherungsnummer und Registerharmonisierung**
Implementierung der neuen Nummer in Infostar, Registerharmonisierung, elektronische Mitteilungen an Einwohnerkontrollen, Dienst EAZW-NNSS.
- **Biometrischer Pass ISA**
Schnittstelle eingeführt mit Release 5.0.0.
- **Fahndungsregister RIPOL**
Schnittstelle eingeführt mit Release 5.0.0.
- **Einführung Gruppensertifikate für Lernende**
Rollout erfolgt.
- **Infostar III (I-3)**
Projekt Dokumente der Priorität A und B. Umgesetzt mit Release 5.0.0.
- **Infostar IV (I-4)**
Projekt Dokumente der Priorität C. Umgesetzt mit Release 5.0.0.
- **Infostar V (I-5)**
Projektstudie Data Warehouse. Planung 2011.
- **Infostar 6 (I-6)**
Anpassungen. In Arbeit 2010.
- **Infostar 7 (I-7)**
ILM (information life cycle management). Planung 2011.
- **VZ2010 / BEVNAT**
Volkszählung 2010 / Ausbau bestehende Statistik-Schnittstelle. In Arbeit 2010.
- **RHG2**
Elektronische Mitteilungen an Einwohnerkontrollen (sedex). In Arbeit 2010.
- **e-Government**
Federführende Organisation A.1.18, elektronische Mitteilungen. In Vorbereitung 2010.
- **e-Zivilstand**
Elektronische Übermittlung von Dokumenten (Schweiz / CH-Vertretungen / CIEC).
Planung 2011.
- **Elektronische öffentliche Urkunde.**
In Abklärung.
- **Gesamterneuerung Infostar**
In Abklärung.
- **Zeugenschutz**
In Abklärung.
- **Erwachsenenschutz**
In Abklärung.

7.2 Betrieb

Hierzu sei verwiesen auf den Jahresbericht Infostar 2009 vom 12. Januar 2010.

8. Zum Abschied von Martin Jäger

Wie erwähnt (Ziff. 6.2.2 hievor), ist Herr Martin Jäger per Ende 2009 aus der Fachkommission für Zivilstandsfragen FKZ ausgeschieden. Gestatten Sie dem Sprechenden, an dieser Stelle aus den Zeilen des Protokollführers der Fachkommission für Zivilstandsfragen FKZ, Herrn Paul Keller, zu zitieren (Protokoll FKZ der Session vom 8./9. Dezember 2009, Seiten 4728 - 4731):

"So versucht denn der Protokollführer unter Anrufung der Muse Klio einige Streiflichter auf die Ära Jäger im EAZW fallen zu lassen. Ein offenes Ohr für ihre Anrufung hat Klio, die Muse der Geschichte, deshalb, weil das vertragliche Anstellungsverhältnis Martin Jägers in der Eidgenössischen Justizabteilung am 1. Oktober 1971 begann und seither in der Organisation der Eidgenössischen Justizabteilung - sie hat sich zum Bundesamt für Justiz gemauert - und im Zivilstandswesen vieles Geschichte geworden ist. Departementsvorsteher zur Zeit des Amtsantritts Martin Jägers war Bundesrat Ludwig von Moos, der seine Bemerkungen noch in deutscher Schrift in die Akten schrieb. Tempora mutantur et nos mutantur in illis: Die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns mit ihnen.

Also: "Sage mir Muse...." Nein, so vielleicht doch nicht. Martin Jäger hat keine Städte zerstört, eigentlich nie die Idee zu einem hölzernen Pferd gehabt, und es ist auch nie verlautbar geworden, dass eine Calypso ihn gegen seinen Willen jahrelang von der Heimkehr abgehalten hätte. Wenn sich eine Parallele zwischen Martin und Odysseus dennoch fast aufdrängt, so deshalb, weil Martin kurz nach seinem Amtsantritt ganz gehörig ins Wasser geworfen wurde. Er war nämlich für einige Monate einziger Jurist im EAZW. Am 1. Februar 1972 trat Dr. Hans Kupfer das Amt als Vorsteher des EAZW an. Im Laufe seiner Tätigkeit hat sich Dr. Kupfer eine grosse Erfahrung, auch als Mitglied der Schweizerischen CIEC-Sektion, angeeignet. Von ihm hat Martin gelernt, stets das Gespräch mit den Kantonsvertretern zu suchen und zu pflegen.

Seit der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre existierte der Eidgenössische Fachausschuss für Zivilstandsfragen. Dr. Kupfer aktivierte den Fachausschuss für die Umsetzung der verschiedenen aufeinanderfolgenden Gesetzesrevisionen auf Verordnungsebene. Als erstes hatte der Fachausschuss für Zivilstandsfragen in seiner von Dr. Kupfer zgedachten Aufgabe die Revision des Adoptionsrechts in die ZStV einfliessen zu lassen. In den Jahren 1972-1983 war Martin Protokollführer des Fachausschusses. Als Protokollführer des Fachausschusses und in seiner übrigen Arbeit im EAZW hatte sich Martin intensiv mit dem revidierten Adoptionsrecht (Inkrafttreten 1. April 1973) und mit dem neuen Kindesrecht (Inkrafttreten 1. Januar 1978) zu befassen. Ab ca. 1980 waren Vorarbeiten zum neuen Eherecht (Inkrafttreten 1. Januar 1988) und zum IPRG (Inkrafttreten 1. Januar 1989) zu leisten. Das neue Eherecht löste einen grossen Weisungs- und Schulungsbedarf aus. Das EAZW arbeitete eng mit der Konferenz der Aufsichtsbehörden zusammen.

Am 1. Februar 1984 wurde Martin Chef des EAZW, Präsident des Fachausschusses und Mitglied der Schweizerischen Sektion des CIEC. Im Jahre 1986 wurde Martin Präsident der Schweizerischen CIEC-Sektion und blieb es bis zum Jahre 2006. Turnusgemäss war Martin 1992-1993 Präsident der (Gesamt-) CIEC.

1987 wurde der Eidgenössische Fachausschuss für Zivilstandsfragen unter Bundesrat Furgler von 5 auf 7 Mitglieder erweitert und in *Eidgenössische Kommission für Zivilstandsfragen* umbenannt. Erstmals waren im erwähnten Fachgremium die italienischsprachige Schweiz und die Frauen vertreten. Die Grundzüge, nach denen die heutige FKZ nach Möglichkeit zusammengestellt wird, gehen somit auf die Ära Jäger zurück.

Die Gesetzesrevision zur Beurkundung des Personenstands vom 26. Juni 1998, welche seit dem 1. Januar 2000 in Kraft ist, sah unter anderem die Abschaffung des Verkündverfahrens (im "Kästli" ausgehängte blaue Zettel) vor. Da war das EAZW mit der Schaffung neuer Formulare besonders gefragt. Auf das Inkrafttreten der erwähnten ZGB-Revision trat eine neue stark überarbeitete Zivilstandsverordnung in Kraft. Erstmals wurden die Gebühren im Zivilstandswesen nicht mehr kantonal, sondern in einer bundesrätlichen Verordnung geregelt. Am 24. Juni 2004 beschloss das Parlament das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft, welches seit dem 1. Januar 2008 in Kraft ist. Im Hinblick auf dieses Gesetz mussten auch an der ZStV Anpassungsarbeiten geleistet werden.

Das Kardinalgeschäft zur Zeit Martins als Chef des EAZW war die Informatisierung des Zivilstandswesens. In den neunziger Jahren wurden von privaten Firmen EDV-unterstützte Programme zur Registerführung angeboten. Das Arbeiten mit solchen EDV-unterstützten Programmen wurde vom EAZW unter gewissen Bedingungen bewilligt. Die Beweiskraft blieb beim Papierregister. In den Jahren 1995-1998 wurden Vorstudien zum Ersatz des Familienregisters und zur informatisierten Registerführung durchgeführt. Die Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden hat sich beim Bund für eine weitgehende Informatisierung eingesetzt. 1997 unterbreitete der Bund den Kantonen ein Grundlagenpapier zur Informatisierung des Zivilstandswesens. Sämtliche Kantone haben sich für Infostar ausgesprochen und eine entsprechende Empfehlung erlassen. Von da bis zum Vollbetrieb von Infostar im Jahre 2005 war noch ein weiter und gelegentlich auch mühsamer Weg über Gesetzesrevisionen und die Totalrevision der ZStV zurückzulegen. Mit der Gesetzesrevision vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Januar 2000, wurde die Grundlage für eine Restrukturierung bzw. Professionalisierung des Zivilstandsdienstes (Mindestbeschäftigungsgrad, Aus- und Weiterbildung der Zivilstandsbeamten, teilweise Informatisierung der Registerführung) geschaffen. Am 5. Oktober 2001 beschloss das Parlament die Änderung des ZGB betreffend die elektronische Führung des Personenstandsregisters. Am 28. April 2004 verabschiedete der Bundesrat die total revidierte stark gekürzte Zivilstandsverordnung, welche am 1. Juli 2004 in Kraft trat. Im Hinblick auf die Einführung von Infostar waren auch Grundsatzpapiere zuhanden der Kantone zu erarbeiten.

Am 31. März 2006 trat Martin als Chef des EAZW zurück. Bis Ende 2006 übernahm er gewisse Aufgaben im Mandat. Mario Massa wurde am 1. Mai 2006 Martins Nachfolger.

Martin war also vom 1. Oktober 1971 bis 31. März 2006 im EAZW und bis Ende 2009 in der KZF. Er arbeitete unter den Bundesräten von Moos, Furgler, Friedrich, Bundesrätin Elisabeth Kopp, Bundesrat Koller, Bundesrätin Ruth Metzler Arnold, Bundesrat Blocher und, bei etwas grosszügiger Betrachtungsweise, auch noch unter Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Zu Martins Zeiten als Chef des EAZW wurden grosse Revisionen des ZGB durchgeführt. Die allermeisten betrafen auch das EAZW. Neben dem ZGB hat sich aber auch das Bild des Zivilstandsbeamten der Ära Martin gewaltig verändert. Der Zweck der Arbeit auf dem Zivilstandsamt, die Aufbewahrung und Bearbeitung der Zivilstandsdaten, ist der gleiche geblieben, aber die Arbeit ist eine völlig andere geworden. Zur Arbeit des Zivilstandsbeamten ist die Beratung der Kunden neu dazugekommen. Nach wie vor liegt der Arbeit der Zivilstandsbeamten ein Bewahren von Daten, ein conservare, zu Grunde. Das mag, zusammen mit der Tatsache, dass die ZGB-Bestimmungen, welche für die Zivilstandsbeamten relevant waren, von deren Inkrafttreten am 1. Januar 1912 bis 1973 nicht revidiert wurden, dafür verantwortlich sein, dass bis zur Revision des Eherechts ein grösserer Teil der Zivilstandsbeamten vielleicht etwas konservativer dachte. Aber die Änderungen im ZGB haben den Zivilstandsbeamten eine Änderung der Denkweise abverlangt. Martin hat bei den jeweiligen Änderungen des Zivilgesetzbuches und auf dem gewaltigen Marsch "vom Gänsekiel zur EDV-Verarbeitung der Zivilstandsdaten" "seine" Zivilstandsbeamten auf gekonnte, verständige und einfühlsame Weise begleitet. Dass diese Begleitung, bei der es beispielsweise um den Mindestbeschäftigungsgrad, um den professionellen Zivilstandsbeamten und um die Reduktion der Zivilstandsämter ging, nicht immer einfach war, liegt auf der Hand. Martin musste gelegentlich darauf hinweisen, dass nicht Gesetzesänderungen, wohl aber Entwürfe zur Revision der ZStV der Diskussion zugänglich sind.

Bald einmal nach seiner Anstellung im EAZW holte sich Martin über eine längere Tätigkeit auf dem Zivilstandsamt Basel Stadt das notwendige praktische Rüstzeug für seine Arbeit im EAZW. Wohl auch deshalb, weil ihm die Ausbildung der Zivilstandsbeamten ein Anliegen war und sie es heute noch ist, hat Martin in Zusammenarbeit mit Toni Siegenthaler ein Buch über das Zivilstandswesen geschrieben. Es darf wohl ohne Übertreibung gesagt werden, dass im Laufe der Zeit Martins Arbeit im EAZW das Zivilstandswesen zu einem Stück Martin wurde. Wer dort, wo er hingestellt wurde oder wo er sich hingestellt hat, seine Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen verrichtet, kommt nach antiker Philosophie der *vita beata*, dem glückseligen Leben, sehr nahe. Mit der Entwicklung des Systems Infostar wurde jedoch das Buch, an dem Martin wesentlich mitwirkte, immer mehr zu Makulatur. Martin musste und konnte persönlich Errungenes auf dem Gebiet des Zivilstandswesens immer wieder preisgeben. Daraus darf abgeleitet werden, dass sich Martin stets in den Dienst der Sache gestellt und die Bewahrung des persönlich Erworbenen dem Interesse des Zivilstandswesens untergeordnet hat. Ob es Martin an der Wiege gesungen wurde, dass der spätere Absolvent eines humanistischen Gymnasiums dereinst an der Entwicklung eines EDV-Systems für das Zivilstandswesen, dem zweiten Wunder von Bern, massgeblich beteiligt sein würde, mag dahingestellt bleiben. Falls sich Martin aber bei der Durchführung des Projekts Infostar durchbeissen musste, hat er sich ganz gehörig und beispielhaft durchgebissen.

[...]

Die Mitglieder der KZF sowie deren Protokollführer haben Martin als gebildeten, kompetenten, sachlichen, wortgewaltigen, überaus humorvollen und geselligen Kommissionspräsidenten, der auch ohne Weiteres über sich selbst lachen konnte, und später als Kollegen mit den gleichen Eigenschaften, erfahren und sehr geschätzt. [...] Die erwähnten Eigenschaften bleiben mit der Person Martins in der Erinnerung der Mitglieder der FKZ und des Protokollführers. Wohl auch im Namen aller Mitglieder der FKZ äussert der Protokollführer den Wunsch und die Überzeugung, dass Martin der Abschied aus der Kommission auf Grund seiner philosophischen Bildung und seines goldenen Humors erträglich ist. Mit dem Abschied Martins verliert die Kommission entschieden an Kolorit. Das dürfte fade, unbehaglich oder vielleicht gar etwas schmerzlich sein.

[...]

Es gab vor Martin Jäger Zeiten und es wird nach Martin Jäger Zeiten geben, die nach dem Namen des Vorstehers des EAZW benannt sein werden. Aber es dürfte wohl richtig sein, dass es nicht so schnell mehr eine Ära gibt, in der ein grösserer Wandel stattfinden wird als in der Ära Jäger. So wird noch recht lange, ob gleich lange wie von Odysseus, ist nicht zu ermitteln, implizit oder explizit von Martin Jäger die Rede sein, wenn von der Geschichte des Zivilstandswesens Schweiz gesprochen werden wird."

Anhang 1 / Annexe 1: Version française de chapitres individuels

1. Sur le chemin de la solution fédérale

1.1 Infostar aujourd'hui

1.1.1 Situation initiale

L'exécution de l'état civil incombe aux cantons alors que la Confédération est compétente pour la législation et l'exercice de la haute surveillance. Depuis le 1er juillet 2004, la Confédération exploite pour le compte des cantons le registre informatisé de l'état civil (banque de données centrale électronique Infostar, art. 45a CC). De leur part, les cantons financent son exploitation en fonction de la population résidente tout en soumettant la Confédération à l'obligation de remettre un décompte; les besoins sont à chaque fois fixés dans une convention d'exploitation (art. 77 OEC). L'Office fédéral de la justice OFJ exploite Infostar auprès du Centre de Service Informatique du DFJP (CSI-DFJP). Il a confié à l'Office fédéral de l'état civil OFEC la responsabilité de la réglementation et de la haute surveillance dans tout le domaine de l'état civil, y compris Infostar (responsabilité de l'application). Bien que les cantons finançaient à l'OFEC deux postes de travail à plein temps à la mise en service d'Infostar et qu'ils rétribuent actuellement trois postes à plein temps, l'OFJ doit quand même supporter au niveau interne des frais non couverts ainsi que des coûts fixes d'un montant non négligeable.

Dans le cadre des nouveaux projets Infostar, on fait une différence entre les projets internes à l'état civil (p.ex. partenariat enregistré entre personnes du même sexe) ou les projets ayant un caractère allant au-delà des registres (p.ex. nouveau numéro de sécurité sociale). Les premiers sont financés par les cantons, les deuxièmes par la Confédération. Cette différence n'est pas toujours facile à faire dans chaque cas: si l'on prend en compte l'interconnexion qui existe déjà entre Infostar et d'autres registres, et qui va croître dans le futur, l'attribution des responsabilités entre la Confédération et les cantons pour le financement des projets ainsi que pour l'exploitation ultérieure va être de plus en plus difficile; il en est de même en ce qui concerne les avantages que va générer Infostar comme base pour d'autres applications, que ce soit pour la Confédération, les cantons ou les communes. On peut citer, comme exemple, l'interface avec les statistiques fédérales ainsi que les mesures d'harmonisation des registres en général, l'interrelation au niveau du nouveau numéro AVS (NAVS13) et l'importance d'Infostar pour les documents d'identité (passeport, carte d'identité), dans le domaine de la recherche de personnes par la police ou de l'établissement d'une identité fictive dans un programme de protection de témoins. Il est aujourd'hui déjà prévisible que la liste des registres des personnes avec lesquels Infostar va interférer à l'avenir va encore s'allonger.

Par conséquent, le programme de la cyberadministration de la Confédération confère une position privilégiée à Infostar car il est le seul registre informatique des citoyens et des citoyennes suisses (et des personnes étrangères concernées par des événements d'état civil en relation avec la Suisse) qui donne non seulement des renseignements sur les personnes physiques mais également sur les liens de parenté avec les membres de leur famille.

Le Conseil fédéral a décidé, en 2009, de saisir les entreprises économiquement actives (notamment les personnes juridiques) avec un numéro unique (numéro d'identification des entreprises UID). Avec Infostar, la Suisse dispose déjà d'un registre informatisé sophistiqué des personnes physiques. Le grand potentiel d'Infostar doit être utilisé dans l'intérêt général de notre pays, notamment en interaction avec les registres mentionnés ci-dessus qui tiennent (aussi) les données des personnes physiques. Infostar est l'un des rares registres qui, conformément à l'article 9 du Code civil, apporte la force probante de l'exactitude de ses

données. Infostar fonctionne de manière satisfaisante au niveau professionnel et technique et peut être désigné comme une application de haute qualité.

Par contre, des améliorations des structures organisationnelles et d'exploitation sont nécessaires: il existe d'une part une interdépendance entre l'exploitation et la haute surveillance qui n'est désormais plus appropriée suite à l'exploitation d'Infostar par la Confédération car ces deux fonctions incombent à la même autorité de la Confédération, l'OFEC. D'autre part, le financement des développements ultérieurs d'Infostar est conflictuel entre la Confédération et les cantons pour les raisons susmentionnées. En outre, le mode d'imputation actuel pour l'exploitation courante de la banque de données est élevé en comparaison des montants relativement faibles et par conséquent disproportionné.

1.1.2 Vérification des structures organisationnelles et d'exploitation

En raison des faiblesses structurelles connues, des entretiens ont été menés entre la Confédération (OFJ/OFEC) et la CAC à partir de 2008. Il s'est avéré rapidement qu'une interdépendance de l'exploitation et de la haute surveillance dans la même unité de la Confédération (OFEC) ne pourra être effectivement atteinte que si l'exploitation est entièrement prise en charge, soit par les cantons eux-mêmes, soit uniquement par la Confédération mais cependant avec une structure autonome. Dans l'intérêt d'une forme moderne d'organisation allégée, les cantons se sont prononcés clairement le 13 novembre 2009 avec 17 voix pour, 8 voix contre et 1 abstention en faveur de l'exploitation d'Infostar uniquement par la Confédération. Ils subordonnent ce transfert de compétences à des conditions: la séparation effective claire de l'exploitation d'Infostar d'une part et de la haute surveillance de l'état civil d'autre part, le règlement des coûts approprié entre la Confédération et les cantons, la garantie du support technique et professionnel de la Confédération pour les services de l'état civil cantonaux et la participation des cantons au développement ultérieur d'Infostar.

1.1.3 Importance pour la Confédération et les cantons

Compte tenu de l'importance d'Infostar, il s'imposait que la Confédération se rallie le plus rapidement possible à la prise de position clairement exprimée par les cantons le 13 novembre 2009 et qu'elle saisisse la possibilité d'exploiter Infostar à l'avenir en tant que propre registre fédéral. Il est ainsi assuré que le haut potentiel d'Infostar, en particulier en interaction avec d'autres registres des personnes, sera utilisé de manière efficace et effective non seulement dans l'intérêt de la Confédération mais aussi dans celle des cantons et des communes (par exemple registres des habitants). Le Département fédéral de justice et police DFJP soutient aussi cette position et de plus en considération des conditions invoquées par les cantons. Comme l'enregistrement de l'état civil est une tâche d'exécution du droit privé fédéral qui incombe aux cantons, il s'impose pour des motifs d'ordre public de prévoir que les cantons versent une rétribution financière adéquate pour Infostar à la Confédération, qui sera fixée de manière aussi simple et transparente que possible. En outre, les cantons, en tant qu'utilisateurs finaux, doivent également pouvoir compter sur le soutien technique nécessaire et contribuer aux développements futurs. En outre, l'opérateur technique d'Infostar doit être en mesure de garantir en tout temps la sécurité et la protection des données. Celles-ci sont assurées actuellement, dans une large mesure, par l'intégration d'Infostar auprès du CSI-DFJP, ce qui sera également maintenu dans la solution fédérale future.

Pour ces raisons, le Conseil fédéral s'est rallié, par décision du 24 février 2010, au point de vue de la majorité des cantons et a approuvé la nouvelle organisation pour l'exploitation et le développement ultérieur d'Infostar sous la responsabilité unique de la Confédération.

Il n'y a pas que la simplicité de la solution qui argumente en faveur de cette solution. La Confédération veut plutôt utiliser l'interrelation existante et future d'Infostar avec d'autres applications (banque de données des étrangers SYMIC, administration en réseau des Suisses de l'étranger VERA, registres communaux des habitants, etc.) dans l'intérêt général du pays. De même, les droits d'accès à Infostar des offices fédéraux doivent être coordonnés et assurés (p.ex. interface d'Infostar avec l'Office fédéral des assurances sociales OAS pour la lutte contre l'utilisation abusive des prestations des assurances sociales; interface avec l'Office fédéral de la police fedpol pour la création d'identité fictive en tant que mesure de protection extraprocédurale des témoins). Infostar joue un rôle déterminant pour l'harmonisation des registres et le nouveau numéro de sécurité sociale. Dans la "solution fédérale Infostar", ce rôle peut être exercé de manière efficace et efficiente dans l'intérêt du pays, en particulier des cantons et des communes, car il est implanté au niveau hiérarchique auprès de la Confédération.

Infostar est une borne importante dans la stratégie de la cyberadministration de notre pays; de ce fait, le projet a une place privilégiée parmi les objectifs de la cyberadministration. Il faut souligner l'importance globale d'Infostar pour la Confédération, les cantons et les communes et l'interaction avec d'autres registres à laquelle viendront s'ajouter, dans le futur, les registres fiscaux, les registres fonciers et les registres du commerce pour les données des personnes physiques. Par conséquent, le projet est orienté vers l'avenir de l'ensemble du "paysage des registres de la Suisse".

1.2 Structure future d'Infostar

L'OFEC est en train de préparer les adaptations nécessaires législatives afin de les soumettre le plus rapidement possible au Conseil fédéral par l'intermédiaire de l'OFJ et du DFJP - ou à l'Assemblée fédérale s'il s'agit de lois. En regard à la nouvelle structure d'Infostar, nous allons créer une unité d'organisation, externe à l'OFEC, qui s'occupera de l'exploitation et du développement d'Infostar afin de garantir une séparation claire d'Infostar d'une part et de la haute surveillance de l'état civil suisse d'autre part. En même temps, la nouvelle unité d'organisation doit disposer de structures suffisamment flexibles pour assurer le fonctionnement d'Infostar de manière efficace et pour favoriser le développement ultérieur de la banque de données. L'influence des cantons dans le développement futur d'Infostar doit être réglée. Il y a lieu de garantir que les données d'Infostar soient saisies et traitées de manière à ce qu'elles soient compatibles, en particulier avec les applications concernées par l'harmonisation des registres, et permettent un échange de données sans faille et efficace. Pour terminer, il est important de trouver une solution simple pour la participation financière des cantons aux coûts d'exploitation et de développement.

La préparation de cette nouvelle structure exige tout d'abord une organisation du projet. Celle-ci oblige à définir, dans un délai raisonnable, les objectifs juridiques, organisationnels et financiers dont elle a besoin pour qu'Infostar fonctionne indépendamment de l'OFJ/OFEC sur le plan de l'exploitation. Une contribution financière appropriée est à convenir avec les cantons. De même, il faut faire en sorte que le passage de la structure actuelle à la nouvelle forme d'organisation se fasse si possible sans faille et rapidement.

1.3 Planification et législation

1.3.1 Planification

La planification, la coordination et la surveillance de la nouvelle structure d'Infostar ainsi que l'intégration d'Infostar dans la stratégie de la cyberadministration de la Confédération exigent une organisation professionnelle du projet qui garantit la mise à disposition en temps voulu du personnel, de l'exploitation et de l'infrastructure. Nous nous sommes fixés l'objectif ambitieux de réaliser le projet d'ici le 1er janvier 2012.

Pour gérer toutes ces tâches, nous avons engagé Monsieur Thomas Steimer qui sera responsable pour les questions de la cyberadministration. Monsieur Steimer est informaticien et achèvera, en été 2010, ses études universitaires juridiques (bachelor) qu'il poursuit en parallèle à son activité professionnelle. Pour les projets internes à Infostar (Infostar 6), nous avons engagé Madame Cordula Ingold Bittel. Madame Ingold a étudié les sciences naturelles de l'environnement à l'EPFZ à Zurich. Par la suite elle est entrée au service de l'état civil pour occuper le poste de cheffe de l'arrondissement de l'état civil de Wangen BE. Ces deux personnes ont commencé leur travail auprès de l'OFJ/OFEC le 1er avril 2010.

En outre, une procédure pour l'engagement d'un chef ou d'une cheffe de projet pour la "solution fédérale Infostar" est en cours. Nous sommes convaincus que nous pourrions prochainement occuper cette place de façon optimale. Le déroulement du projet nous montrera si d'autres postes devront être créés au sein du projet. La direction du projet a la tâche de présenter, d'ici fin de 2011 au plus tard, une solution qui permettra d'exploiter Infostar entièrement par la Confédération et de remplir les conditions invoquées par les cantons en regard à la structure, la collaboration des cantons dans le développement et la garantie du support. Comme nous l'avons mentionné précédemment, nous voulons atteindre notre objectif ambitieux, à savoir de rendre opérationnelle la solution fédérale le 1er janvier 2012.

L'objectif est de trouver une forme d'organisation pour Infostar qui soit conçue de manière suffisamment flexible pour qu'elle couvre les frais d'exploitation elle-même. En ce qui concerne le développement futur de la banque de données, nous supposons que l'avenir apportera une forte simplification de la tenue des registres et que les frais d'exploitation et de personnel baisseront sensiblement mais plutôt dans d'autres domaines qu'auprès d'Infostar (p.ex. AVS, contrôles des habitants). Un préfinancement de ce mécanisme - notamment dans l'intérêt des cantons et des communes - par la Confédération, dans l'intérêt général de tous les registres des personnes et dans les intérêts en jeu de la Confédération et des cantons, ne peut être évité. Actuellement, des entretiens sont en cours pour définir dans quelle mesure les fonds de développement de la Confédération dans le cadre de la cyberadministration peuvent être mis à contribution.

Anhang 2 / Annesso 2°: Versione italiana di alcuni capitoli

1. Verso la «Soluzione federale Infostar»

1.1 Infostar oggi

1.1.1 Situazione iniziale

L'esecuzione dei compiti dello stato civile spetta ai Cantoni; la Confederazione ha competenze normative, esercita l'alta vigilanza e, dal 1° luglio 2004, gestisce il registro dello stato civile informatizzato (banca dati elettronica centrale Infostar, art. 45a CC) per conto dei Cantoni. Questi ne finanziano la gestione in base al numero di abitanti, mentre la Confederazione allestisce il conteggio e stabilisce il fabbisogno in un accordo operativo (art. 77 OSC). L'Ufficio federale di giustizia (UFG) gestisce Infostar presso il Centro del servizio informatico del DFGP (CSI-DFGP); nell'UFG compete all'Ufficio federale dello stato civile (UFSC) disciplinare e vigilare sull'intero settore dello stato civile, compreso Infostar (responsabilità per le applicazioni). Sebbene i Cantoni, dall'avvio di Infostar, abbiano finanziato prima due e oggi tre posti di lavoro a tempo pieno presso l'UFSC, sussistono oneri non coperti e spese generali non irrilevanti, che l'UFG assume internamente.

I nuovi progetti Infostar si suddividono in quelli inerenti allo stato civile (p. es. l'unione domestica registrata) e quelli pluridisciplinari (p. es. il nuovo numero di assicurazione sociale). I primi sono finanziati dai Cantoni, gli ultimi dalla Confederazione. All'atto pratico non è sempre evidente operare questo distinguo: la crescente interconnessione tra Infostar e gli altri registri non semplifica, ma anzi complica la ripartizione delle competenze tra Confederazione e Cantoni quanto al finanziamento dei progetti e alla successiva gestione dei sistemi, e rende difficile individuare i vantaggi che Infostar, in quanto base di altre applicazioni, potrà generare per la Confederazione, i Cantoni e i Comuni. In questa sede vanno citati ad esempio le interfacce con la statistica federale, gli impegni in vista dell'armonizzazione generale dei registri, i nessi pluridisciplinari con il nuovo numero AVS a 13 cifre (NAVS13) e l'importanza di Infostar per i documenti d'identità (passaporto, carta d'identità), la ricerca di persone o l'impiego di identità fittizie nella protezione dei testimoni. Sin da oggi si delinea un aumento del numero dei registri delle persone con cui Infostar interagirà in futuro.

A Infostar è riconosciuta una posizione privilegiata nel quadro del programma di e-government della Confederazione, poiché è l'unico registro completamente informatizzato di tutti i cittadini svizzeri (e degli stranieri con eventi di stato civile riferiti alla Svizzera) che non si limita a registrare le persone fisiche, ma pure i loro legami di parentela.

Nel 2009 il Consiglio federale ha deciso di registrare le aziende che esercitano un'attività economica (vale a dire le persone giuridiche) assegnando loro un numero unitario (numero d'identificazione dell'azienda). Con Infostar la Svizzera vanta già oggi un registro informatizzato delle persone fisiche altamente sviluppato. Nell'interesse globale del nostro Paese si tratta ora di sfruttare appieno le grosse potenzialità di Infostar, insite in particolare nell'interazione con i registri menzionati, i quali contengono (anche) dati di persone fisiche. Infostar è uno dei pochi registri che, secondo l'articolo 9 del Codice civile, può dare piena prova dei dati che contiene. Infostar, che funziona molto bene in termini materiali e tecnici, può essere definita un'applicazione di alta qualità.

Vanno per contro migliorate le strutture operative e organizzative: innanzitutto la gestione di Infostar da parte della Confederazione ha portato a un intreccio, ormai inopportuno, tra operatività e alta vigilanza, visto che entrambi i compiti sono svolti presso la stessa autorità

competente della Confederazione, ovvero l'UFSC; in secondo luogo, per i motivi appena citati, il finanziamento degli sviluppi di Infostar da parte della Confederazione e dei Cantoni può comportare attriti. Infine, l'attuale sistema di conteggio per la gestione della banca dati è, considerati gli importi relativamente modesti, troppo oneroso e quindi sproporzionato.

1.1.2 Verifica della struttura operativa e organizzativa

Nel 2008 sono stati intavolati colloqui tra la Confederazione (UFG/UFSC) e la Conferenza delle autorità cantonali di vigilanza sullo stato civile (CASC), tesi a colmare le lacune strutturali individuate. Da tali colloqui è subito emerso che *de facto* è possibile dissociare l'operatività dall'alta vigilanza nella medesima unità federale (UFSC) soltanto affidandola esclusivamente a una struttura autonoma dei Cantoni o della Confederazione. Nell'interesse di un assetto organizzativo snello e al passo con i tempi, il 13 novembre 2009 i Cantoni si sono espressi nettamente a favore (17 voti contro 8 e un'astensione) della proposta di far gestire Infostar unicamente dalla Confederazione, alle seguenti condizioni: chiara separazione tra gestione di Infostar e alta vigilanza sullo stato civile, adeguato regolamento delle spese tra la Confederazione e i Cantoni, garanzia del supporto tecnico e specialistico della Confederazione per gli uffici cantonali dello stato civile, nonché cooperazione dei Cantoni nei futuri sviluppi di Infostar.

1.1.3 Rilevanza per la Confederazione e i Cantoni

Considerata l'importanza di Infostar, è auspicabile che la Confederazione si associ quanto prima alla posizione formulata dai Cantoni il 13 novembre 2009 e colga l'occasione di gestire Infostar come un registro puramente federale. In questo modo è garantito che il grande potenziale di Infostar, in particolare in riferimento alla sua interazione con gli altri registri delle persone, sarà sfruttato in modo efficace ed efficiente - nell'interesse non soltanto della Confederazione, ma anche dei Cantoni e dei Comuni (p. es. registri degli abitanti). Il Dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP) condivide questo auspicio anche e soprattutto considerate le condizioni cantonali citate in precedenza. Visto che la documentazione dello stato civile è un compito esecutivo del diritto privato federale che compete ai Cantoni, per motivi di ordine politico conviene che questi versino alla Confederazione un'indennità adeguata per Infostar il cui importo sarà determinato nella maniera più semplice e trasparente possibile. I Cantoni, in quanto utenti finali, devono inoltre poter contare sul supporto tecnico necessario e sulla possibilità di partecipare agli sviluppi di Infostar. L'operatore tecnico di Infostar deve inoltre garantire in ogni momento la sicurezza e la protezione dei dati, condizione attualmente soddisfatta in ampia misura grazie all'incorporazione di Infostar nel CSI-DFGP, che verrà mantenuta anche in seguito all'adozione della soluzione federale.

Per questi motivi il Consiglio federale, con decisione del 24 febbraio 2010, si è associato alla posizione adottata dalla grande maggioranza dei Cantoni approvando la nuova organizzazione per gestire e sviluppare Infostar sotto l'esclusiva responsabilità della Confederazione.

La Confederazione non apprezza soltanto la semplicità della soluzione, quanto piuttosto il fatto che permetta di utilizzare, nell'interesse globale del Paese, le attuali e future connessioni di Infostar con le altre applicazioni (banca dati sugli stranieri SIMIC, banca dati degli Svizzeri all'estero VERA, registri comunali degli abitanti ecc.). Occorre anche coordinare e assicurare i diritti d'accesso a Infostar dei servizi federali (p. es. interfaccia con l'Ufficio federale delle assicurazioni sociali UFAS, per lottare contro gli abusi nell'ambito delle prestazioni delle assicurazioni sociali; interfaccia con l'Ufficio federale di polizia fedpol, per l'impiego

d'identità fittizie per la protezione extraprocedurale dei testimoni). Infostar assume una funzione determinante anche nell'ambito della corrente armonizzazione dei registri e del nuovo numero di assicurazione sociale. La «Soluzione federale Infostar», collocata al livello adeguato, ossia presso la Confederazione, consente di svolgere tale funzione in modo effettivo ed efficace nell'interesse globale del Paese, in particolare dei Cantoni e dei Comuni.

Infostar costituisce un fondamento importante della strategia di e-government del nostro Paese, motivo per cui il progetto occupa una posizione di primo piano in questo contesto. Occorre sottolineare l'importanza complessiva di Infostar per la Confederazione, i Cantoni e i Comuni e l'interazione con gli altri registri, cui in futuro si aggiungeranno i registri fiscale, fondiario e di commercio, sempreché riguardino dati di persone fisiche. Il progetto Infostar determina quindi il futuro dell'intero «panorama» dei registri in Svizzera.

1.2 Futura struttura Infostar

L'UFSC sta preparando i necessari adeguamenti normativi per sottoporli quanto prima, per il tramite dell'UFG e del DFGP, al Consiglio federale e, nel caso di modifiche di legge, all'Assemblea federale. In vista della nuova struttura organizzativa per Infostar verrà istituita un'unità organizzativa incaricata della gestione e dello sviluppo di Infostar al di fuori dell'UFSC, così da garantire una netta separazione tra operatività Infostar e alta vigilanza sullo stato civile svizzero. Nel contempo la nuova unità organizzativa deve disporre di strutture sufficientemente flessibili per gestire Infostar in modo efficiente e promuovere lo sviluppo della banca dati. Occorre disciplinare la facoltà dei Cantoni di influire sullo sviluppo di Infostar e assicurare che i dati Infostar esistenti vengano registrati e trattati in modo tale da essere compatibili con altre applicazioni - in particolare quelle colpite dall'armonizzazione dei registri - e da permettere uno scambio di dati quanto più corretto ed efficiente possibile. Va infine anche risolta la questione della partecipazione finanziaria dei Cantoni alle spese di gestione e di sviluppo.

La preparazione di questa nuova struttura presuppone un gruppo di progetto che definisca, entro tempi ragionevoli, le disposizioni legali, organizzative e finanziarie necessarie a un'operatività di Infostar indipendente dall'UFG/UFSC. Occorre inoltre provvedere a stabilire un'adeguata partecipazione finanziaria dei Cantoni e ad assicurare una transizione rapida e agevole alla nuova struttura organizzativa.

1.3 Pianificazione e legislazione

1.3.1 Pianificazione

La pianificazione, il coordinamento e la vigilanza in merito alla nuova struttura Infostar nonché l'integrazione di Infostar nella strategia di e-government della Confederazione richiedono l'istituzione di un gruppo di progetto professionale che assicuri la tempestiva assegnazione di risorse umane, operative e infrastrutturali. L'ambizioso obiettivo è di conseguire questi risultati entro il 1° gennaio 2012.

A tal fine abbiamo affidato al signor Thomas Steimer tutti gli aspetti legati al governo elettronico; il signor Steimer è informatico e otterrà il bachelor in giurisprudenza entro l'estate 2010. Alla signora Cordula Ingold Bittel sono stati affidati i progetti interni (Infostar 6); la signora Ingold, dopo aver studiato scienze ambientali presso il Politecnico di Zurigo, ha lavorato per

lo stato civile diventando responsabile del circondario dello stato civile di Wangen BE. Entrambi hanno iniziato la loro attività presso l'UFG/UFSC il 1° aprile 2010.

Al momento è inoltre in corso l'attribuzione del posto di responsabile «Soluzione federale Infostar». Siamo certi di riuscire a trovare presto il candidato ideale anche per questa funzione. L'andamento del progetto paleserà l'eventuale necessità di posti supplementari. Entro la fine del 2011, la direzione del progetto presenterà una soluzione di gestione federale di Infostar nel rispetto delle condizioni poste dai Cantoni in materia di struttura, partecipazione allo sviluppo e garanzia del supporto. Come accennato in precedenza, abbiamo fissato, non senza una certa ambizione, al 1° gennaio 2012 la data di avvio dell'operabilità della «Soluzione federale Infostar».

L'obiettivo è di trovare per Infostar una struttura organizzativa sufficientemente flessibile da permettere l'autofinanziamento operativo. Lo sviluppo della banca dati semplificherà notevolmente la tenuta dei registri e ridurrà le spese di gestione e del personale, non tanto per Infostar, quanto piuttosto in altri settori (p. es. AVS, controllo degli abitanti); il prefinanziamento di questi meccanismi - senz'altro rilevanti per i Cantoni e dei Comuni - da parte della Confederazione non potrà essere evitato alla luce dell'interesse generale di tutti i registri delle persone e degli importanti interessi in gioco della Confederazione e dei Cantoni. Attualmente si discute se e in quale misura garantire tale prefinanziamento ricorrendo ai fondi della Confederazione destinati allo sviluppo del governo elettronico.

Anhang 3: Bundesgesetz über [...], Änderung ZGB

Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts

Entwurf 0.3 / 19. April 2010 / Massa

Das Schweizerische Zivilgesetzbuch¹ wird wie folgt geändert:

Art. 39 A. Register, I. Allgemeines

¹ Die Beurkundung des Personenstandes erfolgt im Personenstandsregister.

Art. 45a Ia. Zentrale Datenbank

¹ Der Bund betreibt das Personenstandsregister als zentrale Datenbank.

² Die Mittel für Betrieb und Weiterentwicklung der Datenbank werden vom Bund bereitgestellt. Die Kantone leisten daran einen Beitrag von X Prozent, aufgeteilt nach der Einwohnerzahl.

³ Der Bundesrat regelt:

1. die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der Datenbank;
2. die Zugriffsrechte der Zivilstandsbehörden;
3. die zur Sicherstellung des Datenschutzes und der Datensicherheit erforderlichen organisatorischen und technischen Massnahmen;
4. die Archivierung;

Der Schlusstitel des Schweizerischen Zivilgesetzbuches wird wie folgt geändert:

Art. 6a IIa. Zentrale Datenbank im Zivilstandswesen

aufgehoben.

¹ SR 210

Anhang 4: Änderung ZStV

Zivilstandsverordnung

Entwurf 0.3 / 19. April 2010 / Massa

(ZStV)

vom ...

Der Schweizerische Bundesrat

verordnet:

Die Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004² wird wie folgt geändert:

Art. 76 Schweizerisches Institut für Justiz- und Polizeiregister

¹ Das Schweizerische Institut für Justiz- und Polizeiregister besorgt den technischen Betrieb und die Weiterentwicklung des Personenstandsregisters (Informatisiertes Standesregister Infostar).

² Es trägt die Verantwortung für das Register und prüft die Begehren von Behörden ausserhalb des Zivilstandswesens um Zugriff im Abrufverfahren. Es trifft insbesondere Massnahmen, die zur Gewährleistung des Datenschutzes und der Datensicherheit notwendig sind.

³ Die Stellen, die das Register benutzen, sind in ihrem Bereich für solche Massnahmen verantwortlich.

Art. 77 Finanzierung

Der Bund stellt den Kantonen für ihre Beiträge nach Artikel 45a Absatz 2 ZGB jährlich Rechnung.

Art. 78 Mitwirkung der Kantone

Die Mitwirkung der Kantone richtet sich nach Artikel 88 dieser Verordnung sowie nach dem Bundesgesetz über das Schweizerische Institut für Justiz- und Polizeiregister³.

Art. 88 Fachkommission für Zivilstandsfragen

¹ Die Fachkommission für Zivilstandsfragen berät das Bundesamt für Justiz in der Ausübung der Oberaufsicht über das Zivilstandswesen.

² Die Beratung erstreckt sich namentlich auf folgende Bereiche:

- a. Rechtsetzung und -anwendung;
- b. Fachfragen zur Weiterentwicklung des Personenstandsregisters (Informatisiertes Standesregisters Infostar);

³ Die Kommission besteht aus:

- a. der Chefin oder dem Chef des Eidgenössischen Amtes für das Zivilstandswesen;
- b. drei bis fünf Vertreterinnen oder Vertretern der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst;
- c. drei bis fünf Vertreterinnen oder Vertretern der Zivilstandsämter.

⁴ Die Vertreterinnen und Vertreter der Aufsichtsbehörden werden auf Vorschlag der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst, die Vertreterinnen und Vertreter der Zivilstandsämter auf Vorschlag des Schweizerischen Verbandes für Zivilstandswesen durch das Bundesamt für Justiz gewählt. Dieses achtet auf eine möglichst repräsentative regionale und sprachliche Vertretung.

⁵ Den Vorsitz hat die Chefin oder der Chef des Eidgenössischen Amtes für das Zivilstandswesen. Dieses führt das Sekretariat.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2012 in Kraft.

² SR 211.112.2

³ SR ...